

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hans-Joachim Hacker, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, Sören Bartol, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Michael Groß, Gustav Herzog, Johannes Kahrs, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Gefahren im Straßenverkehr durch Blendeffekte von Leuchtdioden

Mit der Einführung von extrem lichtstarken Leuchtdioden an Fahrzeugen fühlen sich immer mehr Fußgänger, Radfahrer und entgegenkommende Fahrer insbesondere beim Tagfahllicht geblendet. Künftig sollen alle Neufahrzeuge mit Tagfahllicht ausgestattet werden. Die Pflicht zur Ausstattung mit Tagfahrleuchten soll ab August 2012 gelten.

Das Tagfahllicht leuchtet viermal intensiver als das Standlicht. Die Lichterketten aus zahlreichen Einzeldioden können zu einer Ablenkungswirkung führen und damit einen Aufmerksamkeitsverlust bewirken. Die Blendwirkung ist dabei erheblich größer als beim Abblendlicht.

Helle Scheinwerfer führen zwar zu einer verbesserten Sicht des Fahrers, andererseits kann für entgegenkommende Fahrzeughalter, Radfahrer, Motorradfahrer und Fußgänger durch Blendung die Sehfähigkeit vermindert werden. Dies kann zu gefährlichen Situationen und Unfällen führen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung über verkehrsgefährdende Blendwirkung von Leuchtdioden an Fahrzeugen beim Tagfahllicht?
2. Wie bewertet es die Bundesregierung, dass sich zunehmend Verkehrsteilnehmer durch starke Lichteinwirkung von Leuchtdioden geblendet fühlen und dadurch im Straßenverkehr verunsichert werden?
3. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Gefahr für Verkehrsunfälle durch Blendwirkungen im Straßenverkehr?
4. Welche Gefahren sieht die Bundesregierung insbesondere durch Blendwirkungen durch Ketten aus mehreren Einzeldioden an Fahrzeugen, und können dadurch Fahr- und Motorräder mit Einzellicht übersehen werden?
5. Welche technischen Vorschriften zur Blendungsvermeidung gibt es derzeit?
6. Beabsichtigt die Bundesregierung, aufgrund der Erkenntnisse aus der Praxis über die ECE-Zulassung (ECE: Wirtschaftskommission für Europa) hinaus weitere Untersuchungen zu veranlassen, um das Gefährdungspotenzial durch Blendeffekte von Leuchtdioden und um Lösungsmöglichkeiten zu ermitteln?

7. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung einzuleiten, um eine Verkehrsgefährdung durch Blendwirkungen von Fahrzeugen einzudämmen bzw. zu verhindern?

Berlin, den 9. Juni 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion